

An die Mitglieder
des Ausschusses für Mobilität, Tourismus und
digitale Transformation

**Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale
Transformation**

Geschäftsführung: Marco Heilmann
Telefon: 06421 201-1490
E-Mail: marco.heilmann@marburg-stadt.de
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12
Uhr Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 09.03.2022

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation
(öffentlich)** am

Mittwoch, dem 16.03.2022, 18:00 Uhr,

Technologie- und Tagungszentrum Marburg (TTZ), Software-Center 3, 35037 Marburg

lade ich Sie ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2021
- 3 Bericht aus der Arbeitsgruppe Verkehr der Lokalen Agenda 21
- 4 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments
- 4.1 Antrag des KiJuPa betr. Fußgängersituation an der Ecke Deutsch-
hausstraße/Bunsenstraße

VO/0440/2021

4.2	Antrag des KiJuPa betr. Errichtung einer weiteren Straßenlaterne in der Ockershäuser Allee	VO/0461/2021
4.3	Antrag des KiJuPa betr. Parkverbot Höhenweg	VO/0560/2022
5	Anträge der Fraktionen	
5.1	Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Zeichen setzen als fahrradfreundlicher Arbeitgeber	VO/0463/2021
5.2	Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Homepage www.marburg.de	VO/0518/2022
5.3	Antrag der CDU/FDP Fraktion betr. Marburg App	VO/0520/2022
5.4	Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Fahrradspur Bahnhofstraße	VO/0555/2022
5.5	Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Unterstützung der Reaktivierungsvorhaben Ohmtalbahn und Aar-Salzböde-Bahn	VO/0556/2022
5.6	Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Fußgängerquerung Eselsgrund/K38	VO/0574/2022
5.7	Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen und Klimaliste Marburg betr.: BOB-Leitungsmasten als Ladesäulen nutzen	VO/0596/2022
5.8	Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD betr. Lärmschutz B3a	VO/0597/2022
5.9	Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD betr. Prüfantrag „Cost tool“	VO/0598/2022
5.10	Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Grünanforderung für Radfahrer*innen	VO/0599/2022
6	Kenntnisnahmen	

6.1 Leitbild der Arbeitsgruppe Verkehr der Lokalen Agenda 21

7 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Schaker Hussein

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0440/2021
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.12.2021
Antragsteller*in:		

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

**Antrag des KiJuPa betr. Fußgängersituation an der Ecke
Deutschhausstraße/Bunsenstraße**

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Fußgängersituation an der Ecke Deutschhausstraße/Bunsenstraße (an der Elisabethkirche) zu überprüfen.

Begründung

Die Ampelschaltung für Fußgänger*innen erfolgt zeitgleich mit der Ampelschaltung für Rechtsabbieger*innen. Die Autos übersehen häufig die ebenfalls losgehenden Fußgänger*innen. Dies führt zu gefährlichen, aber vermeidbaren Situationen.

Für das Kinder- und Jugendparlament

Elias Hescher

Vorsitzender KiJuPa Marburg

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0461/2021
	Status:	öffentlich
	Datum:	14.12.2021
Antragsteller*in:		

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag des KiJuPa betr. Errichtung einer weiteren Straßenlaterne in der Ockershäuser Allee

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Errichtung einer weiteren Straßenlaterne in der Ockershäuser Allee zu prüfen.

Begründung

Der Weg ist nachts (und im Winter schon ab Nachmittag) sehr dunkel, weil dort nur wenige Laternen stehen. Dadurch ist es insbesondere für Mädchen oder alleine sehr unangenehm, in diesen Zeiten dort entlang zu gehen. Die Errichtung von weiteren Straßenlaternen würde den Weg heller und angenehmer machen.

Für das Kinder- und Jugendparlament

Elias Hescher

Vorsitzender KiJuPa Marburg

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0560/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	10.02.2022
Antragsteller*in:		

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag des KiJuPa betr. Parkverbot Höhenweg

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, ein Halte- bzw. Parkverbot im Höhenweg in der Kurve zum Holderstrauch zu prüfen.

Begründung

Wenn auch nur auf einer der beiden Straßenseiten Autos stehen, wird die Durchfahrt mit dem Fahrrad erheblich schwieriger. Kommt dann noch Gegenverkehr ist es sehr eng, bzw. nicht mehr möglich aneinander vorbeizufahren, sodass man im Kreuzungsbereich warten müsste.

Zudem wird die Sicht in den Holderstrauch, durch an der Ecke stehende Autos stark eingeschränkt, was besonders in Dunkelheit für Fahrradfahrer*innen eine Gefahr darstellt.

Elias Hescher

Vorsitzender des KiJuPa Marburg

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0463/2021
	Status:	öffentlich
	Datum:	14.12.2021
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Zeichen setzen als fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird beauftragt, alle nötigen Maßnahmen zur Zertifizierung der Stadtverwaltung als „fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ zu initiieren. Nach der im Zertifizierungsprozedere vorgesehenen Selbstevaluierung soll als Zwischenschritt dem Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation ein Konzept mit Handlungs- und Budgetempfehlungen vorgelegt werden. Mindestzielsetzung soll hierbei der Zertifizierungsstatus „Bronze“ sein. Das Konzept soll die Basis für die finale Entscheidung zur Beauftragung der Auditierung bilden.

Begründung

Bundesweit wurden bisher zehn Stadtverwaltungen (Stand 10.12.2021) erfolgreich zertifiziert. Die Stadtverwaltung Marburg hätte nach Beschluss und zeitnaher Umsetzung die Chance als erste hessische Stadtverwaltung das begehrte Siegel zu erhalten.

bike+business ist eine Initiative des Landes Hessen zur betrieblichen Radverkehrsförderung und ermöglicht mit der entsprechenden Förderung ein kostenfreies Audit sowie eine kostenlose Pedelec-Testflotte. Besonders hervorzuheben ist, dass im Zertifizierungsprozedere sowie in der praktischen Umsetzung Radfahren nicht in Konkurrenz zu anderen Verkehrsarten gebracht wird. Angenehme Rahmenbedingungen animieren zum Radeln ohne andere Fortbewegungsoptionen zu

stigmatisieren.

Mit entsprechend werblicher Umsetzung könnte die Stadtverwaltung als Vorbild fungieren und die zahlreichen kleinen- und mittleren Unternehmen der Stadt Marburg zur Nachahmung animieren. Zahlreiche weitere Vorteile wie die nachhaltige Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden, Umwelt- und Klimaschutz, employer branding u.v.m. liegen auf der Hand.

Seit 2017 vergibt der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC e.V.) eine neue EU-weite Zertifizierung „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“. Die Kriterien für die Zertifizierung durch den ADFC sind beispielsweise die Teilnahme an der Kampagne „Stadtradeln“ und „Mit dem Rad zur Arbeit“. Im Bereich Infrastruktur liegen Arbeitgeber richtig, wenn sie die ausreichend vorhandenen Fahrradparkplätze überdachen, beleuchten, barrierefrei gestalten und nah am Eingang anlegen. Umkleidemöglichkeiten und Duschen werden ebenfalls positiv bewertet. Im Bereich Service zählen Angebote für die Fahrradreparatur, saisonale Fahrradchecks oder die Anschaffung von Diensträdern. Im Bereich Koordination können Arbeitgeber mit dem Einsatz von Rädern, Lastenrädern oder Fahrradanhängern in der eigenen Logistik punkten.

Weiterführende Informationen siehe:

www.fahrradfreundlicher-arbeitgeber.de + www.bikeandbusiness.de

Heiko Schäfer

Karin Schaffner

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0518/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	25.01.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Homepage www.marburg.de

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, die Optik und die Funktionalität der Homepage www.marburg.de einem kompletten Relaunch zu unterziehen, um den neuesten Anforderungen (barrierearm, etc.) gerecht zu werden und alle Bereiche vorteilhaft zu präsentieren.

Die Anpassung bzw. Neuauflage soll noch in diesem Jahr (2022) vorgestellt werden.

Begründung

Die Homepage der Stadt ist in den letzten Jahren massiv gewachsen und immer weiter ausgebaut worden. Dabei sind viele Funktionalitäten inzwischen sehr verschachtelt und erst nach längerer Suche zu finden. Die Optik der Seite wurde dabei oft vernachlässigt. Viele Bereiche sind inzwischen ein reiner Textfriedhof, der unübersichtlich und eher benutzerunfreundlich ist.

Gerade im Zeitalter der digitalen Verwaltung, aber auch mit Blick auf Tourismus und Wirtschaft sollte die Internetpräsenz der Universitätsstadt Marburg deutlich aufgewertet werden.

Jan von Plötz

Heiko Schäfer

Karin Schaffner

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0520/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	26.01.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP Fraktion betr. Marburg App

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit einem geeigneten Dienstleister eine Neuauflage der Marburg App zu initiieren. Dabei sollen nach dem Vorbild anderer Städte verschiedene Funktionalitäten und Serviceleistungen angeboten und wo es möglich ist, diese auch vermarktet werden.

Neben städtischen Dienstleistungen sollen u.a. Gastronomie, Handel, Handwerk, Tourismus, Kultur und die Marburger Vereine eine Plattform zur öffentlichen Darstellung der verschiedenen Angebote finden.

Begründung

Kaum etwas hat man heute so oft und so nah bei sich wie sein Smartphone. Es ist eine Informationsquelle und ein Unterhaltungsmedium und das meist über den ganzen Tag. In vielen Situationen sind Smartphones mit ihren helfenden Apps nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken. Das macht sie zu einem attraktiven Begleiter. Mit einer gut funktionierenden und immer aktuellen App ergeben sich auch für die Universitätsstadt Marburg viele Vorteile. So können digitale Angebote an einer zentralen Stelle den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Besuchern der Stadt und sonstigen Interessierten leicht und immer up-to-date geliefert werden.

Einer der größten Vorteile einer gut eingeführten Marburg App dürfte aber ohne jeden Zweifel darin

bestehen, sehr nah an den Bürgerinnen und Bürgern zu sein und vor allem diejenigen zu erreichen, die die örtlichen Angebote oder die Tagespresse nicht wahrnehmen (können). In der App können alle Dienste zur Verfügung stehen, die in der Verwaltung bereits digital angeboten werden. Weiter können viele externe Dienste dort zur Verfügung gestellt werden: Veranstaltungskalender, Ansprechpartner in verschiedenen Bereichen, Wohnungsbörsen, Abfallkalender, Fahrpläne des ÖPNV, Notdienste, Kinoprogramme, Kulturangebote, Vereinsleben und vieles mehr. Die Einsatzmöglichkeiten sind unbegrenzt und lassen sich nach Belieben ausbauen.

Ein gutes Beispiel für eine gelungene Umsetzung einer Stadt App ist die Gießen-App.

Jens Seipp

Jan von Ploetz

Heiko Schäfer

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0555/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	09.02.2022
Antragsteller*in:	Bündnis 90/Die Grünen Sozialdemokratische Partei Deutschlands Klimaliste Marburg	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Fahrradspur Bahnhofstraße

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, die bestehende Fahrradverkehrsführung im Bereich Bahnhofstraße/Elisabethstraße zu evaluieren. Hierbei soll insbesondere die bestehende Wegeführung im Bereich der Fußgänger*innenampel an der Kreuzung Robert-Koch-Str./Bahnhofstr. hinterfragt werden, etwa bezüglich einer durchgehenden Fahrradverkehrsführung in Richtung Hauptbahnhof – ohne bauliche Hindernisse und/oder Wegeführungen über Fußgänger*innenampeln.

Darüber hinaus soll darüber nachgedacht werden, wie die Situation in der Elisabethstr. im Bereich vor dem Drogeriemarkt für Radfahrer*innen sicherer und angenehmer gestaltet werden kann. Hierbei sind insbesondere die gezielte Installation von sog. „Bischofsmützen“ sowie eine Ausweitung der bereits bestehenden farbigen Markierung in Erwägung zu ziehen.

Begründung

Die kürzlich erfolgte Umgestaltung der Bahnhofstraße hat sich als Erfolg erwiesen. Drohszenarien wie dauerhafte Staus oder der Wegzug der ansässigen Einzelhändler*innen sind nie eingetreten. Zudem hat der Bereich durch die geringere Präsenz des Autoverkehrs einiges an Aufenthaltsqualität hinzugewonnen. Radfahrende profitieren darüber hinaus von kürzeren Wegebeziehungen durch den

Wegfall der Einbahnstraßenregelung für Fahrradfahrer*innen.

Doch zu einem erfolgreichen Projekt gehört auch eine regelmäßige Evaluation des Erreichten. Insbesondere an den im Antragstext genannten Bereichen bedarf es eventuell einer nochmaligen Überarbeitung. Gerade in der Elisabethstraße kommt es immer wieder zu lebensgefährlichen Situationen, weil der Radverkehrsstreifen in Bereichen zugeparkt wird, in denen nicht geparkt werden darf – und Radfahrer*innen somit in den Gegenverkehr ausweichen müssen. In der Bahnhofstraße kann das temporäre Absteigen und das „Über-die-Fußgänger*innenampel-Schieben“ nur eine Übergangslösung gewesen sein, will man das Radwegenetz in Marburgs Innenstadt attraktiv machen. Hier geht aktuell zu viel Zeit verloren, die gerade zum Erreichen der Züge am Hauptbahnhof nur allzu häufig benötigt wird.

Lukas Ramsaier
Karen von Rüden

Schaker Hussein
Thorsten Büchner

Maik Schöniger
Isabella Aberle

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0556/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	09.02.2022
Antragsteller*in:	Bündnis 90/Die Grünen Sozialdemokratische Partei Deutschlands Klimaliste Marburg	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Unterstützung der Reaktivierungsvorhaben Ohmtalbahn und Aar-Salzböde-Bahn

Beschlussvorschlag

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen zur Reaktivierung der Ohmtalbahn und der Aar-Salzböde-Bahn und solidarisiert sich mit anderen Unterstützer*innen der Vorhaben.

Im Zuge dessen wird der Magistrat auch gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung weiterer Bahnhaltedpunkte (wie etwa Gisselberg/Cappel, Marburg Mitte und Kaufpark Wehrda) sinnvolle Ergänzungen darstellen könnten.

Begründung

Ein Großteil des innerstädtischen Verkehrsaufkommens stammt nach wie von MIV-Teilnehmer*innen, welche aus dem Marburger Umland einpendeln. Um im Sinne der Klima- und Verkehrswende den MIV in Marburg massiv zu reduzieren, braucht es also nicht nur ein attraktives innerstädtisches Bus- und Radverkehrsnetz, sondern auch klimafreundlichere Alternativangebote für Umlandbewohner*innen.

Hierfür könnten eine jeweilige Reaktivierung der ehemaligen Bahnstrecken der Ohmtalbahn (Burg- und Nieder-Gemünden – Homberg (Ohm) – Kirchhain) und der Aar-Salzböde-Bahn (Marburg-Niederwalgern-Gladenbach-Bad Endbach - Hartenrod) von großem Vorteil sein.

So sind die Busse der Linie 383 aus Richtung Bad Endbach und Gladenbach nach Marburg bereits derart beliebt, dass es regelmäßig zu sehr vollen Bussen kommt. Eine Reaktivierung der Bahnstrecke auf dieser Reiserelation könnte in diesem Sinne nicht für mehr Kapazität, sondern auch für schnellere und komfortablere Reisemöglichkeiten aus dem Westkreis sorgen. Eine Vorstudie des Landkreises Marburg-Biedenkopf, des RNV Marburg-Biedenkopf, des Fachzentrums „Mobilität im Ländlichen Raum“ und von Anliegerkommunen ermittelte 2019 ein großes Potenzial für eine Reaktivierung der 2001 stillgelegten Bahnstrecke – mit einem konservativ geschätzten Fahrgastpotenzial von 2.200 Fahrgästen/Tag.

In einem zuletzt 2019 überarbeitete Fahrplankonzept der DB-Tochter Kurhessenbahn wird mit einem Halbstundentakt geplant. Einmal in der Stunde muss dabei in Niederwalgern umgestiegen werden; einmal in der Stunde geht es auf direktem Wege weiter nach Marburg. Die Züge, welche bis Marburg durchgebunden werden, böten möglicherweise das Potenzial, neue Halte in Gisselberg/Cappel sowie Marburg-Mitte zu bedienen, welche unter Umständen nicht in das komplexe Angebotskonzept der Main-Weser-Bahn-RBs zu integrieren wären.

Im Falle einer Reaktivierung würde der Ostkreis – welcher bislang deutlich schlechter an den ÖPNV angebunden ist als der Westkreis – sicherlich am meisten profitieren. Doch auch für die hiesige Universitätsstadt bieten sich einige Vorteile. So würden daraus nicht nur mehr Direktverbindungen nach Kirchhain und (neu) nach Homberg (Ohm), sondern möglicherweise auch nach Fulda resultieren. Denn eine erste Untersuchung ergab, dass eine Reaktivierung vermutlich nur dann wirtschaftlich wäre, wenn die Züge im Anschluss über die Vogelsbergbahn ab Burg- und Nieder-Gemünden weiter nach Alsfeld und Fulda durchgebunden würden. Dadurch würden neue, schnellere (Direkt-) Verbindungen nach Fulda und Osthessen möglich, welche bislang nur mit erheblichem Umweg über Kassel oder Gießen realisierbar waren. Hiervon würden vermutlich insbesondere Studierende sowie der FB Medizin bzw. das Universitätsklinikum profitieren, welche inzwischen eine rege Kooperation mit dem Klinikum in Fulda betreiben - bis hin zur Auslagerung von Studienplätzen im klinischen Abschnitt des Studiums. Analog zur Aar-Salzböde-Bahn wäre auch hier eine Prüfung lohnend, inwieweit ein möglicher neuer Bahnhof im Bereich des Kaufparks Wehrda in das noch zu erarbeitende Fahrplankonzept integriert werden könnte.

Mit einem Beschluss dieses Antrages würden insgesamt v.a. die Bemühungen des Landkreises unterstützt, welcher momentan kurz vor dem Abschluss der Machbarkeitsstudie zur Aar-Salzböde-Bahn steht, sowie jüngst gemeinsam mit der Stadt Kirchhain und dem RMV Marburg-Biedenkopf eine Vorstudie in Auftrag gegeben hat.

Lukas Ramsaier
Karen von Rügen

Schaker Hussein
Thorsten Büchner

Maik Schöniger
Isabella Aberle

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0574/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	22.02.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Fußgängerquerung Eselsgrund/K38

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, sich beim Landkreis Marburg-Biedenkopf für eine Fußgängerquerung im Eselsgrund, Parkplatz/K38 zwischen den Stadtteilen Cappel und Moischt, einzusetzen und gemeinsam mit dem Landkreis ein Konzept zur Gestaltung und Finanzierung zu erarbeiten.

Begründung

Der Ortsbeirat Cappel fordert schon seit vielen Jahren (zuletzt in 2019) eine Fußgängerquerung bzw. Maßnahmen zur sicheren Querung im Eselsgrund in Höhe des Parkplatzes an der K38 zwischen Cappel und Moischt. Die Kreisstraße führt mitten durch ein beliebtes Naherholungsgebiet ohne Seitenbefestigung. Für Familien mit Kindern, Sportler, Spaziergänger und Radfahrer ist dies eine beliebte Bewegungsstrecke. Viele Menschen nutzen dieses Gebiet täglich und setzen sich bei jeder Überquerung der Straße großer Gefahr durch zu schnellen Verkehr aus.

Um für mehr Sicherheit an dieser gefährlichen Wegstrecke zu sorgen, werden die Stadt Marburg und der Landkreis gebeten, ein Konzept für Maßnahmen zur Sicherung sowie die Finanzierung zu erarbeiten. Dabei wäre es wünschenswert, wenn der Ortsbeirat Cappel mit eingebunden werden würde. An eine Temporeduzierung in diesem Bereich wäre ebenso zu denken und zu prüfen.

Karin Schaffner

Heiko Schäfer

Jan von Ploetz

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0596/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	04.03.2022
Antragsteller*in:	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bündnis 90/Die Grünen Klimaliste Marburg	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

**Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen und Klimaliste Marburg betr.:
BOB-Leitungsmasten als Ladesäulen nutzen**

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, die Stadtwerke prüfen zu lassen, ob und wie bei der Planung für die Stromtrassen und Leitungsmasten der O-Busstrecke eine zusätzliche Nutzung als Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge / E-Roller und / E-Bikes ermöglicht werden kann.

Begründung

Mit dem innovativen und erfolgsversprechenden Batterie-Oberleitungs-Bussystem (BOB) wird die Universitätsstadt Marburg in den nächsten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende in Marburg beisteuern. Durch die zusätzliche Nutzung der aufzustellenden Leitungsmasten als Ladestationen für E-Fahrzeuge, E-Bikes und andere Elektromobile kann diese sinnvolle Technik darüber hinaus helfen, die Elektrifizierung des Verkehrs zu fördern. Daher werden die Stadtwerke gebeten zu prüfen, ob und wie die Leitungsmasten der O-Busse auch als Ladesäulen zu nutzen sind.

Schaker Hussein
Fatma Aydin

Karen von Rüden
Lukas Ramsaier

Maik Schöniger
Mariele Diehl

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0597/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	07.03.2022
Antragsteller*in:	Klimaliste Marburg Bündnis 90/Die Grünen Sozialdemokratische Partei Deutschlands	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD betr. Lärmschutz B3a

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten ein zur Lärmreduktion wirksames und beim RP Gießen genehmigungsfähiges Tempolimit für die B3a zu eruieren.

Dies sollte unter Beachtung der aktualisierten Lärmberechnungsvorschriften RLS-19 geschehen. Es sollte dabei ein Tempolimit gewählt werden, welches den Marburger*innen unter Betrachtung der Genehmigungsfähigkeit die größtmögliche Entlastung von gesundheitsschädigendem Lärm gewährt.

Begründung

Lärm verursacht gesundheitliche Schäden. Darunter sind nicht nur Schädigungen des Gehörs zu verstehen, sondern unter anderem auch Schlafstörungen, ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen wie Bluthochdruck und ein erhöhtes Herzinfarktrisiko.

Es findet lediglich eine subjektive Gewöhnung an Lärm statt. Die körperliche Stressreaktion auf Lärm und die damit verbundenen Folgeerkrankungen mindern sich bei länger bestehender Lärmexposition nicht.¹

Die WHO legte 2018 mit ihren „Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region“ fundierte

Empfehlungen für gesellschaftliche Entscheidungsträger*innen vor, die konkrete Grenzwerte für Lärm beinhalten, ab welchen mit gesundheitlichen Folgeschäden für exponierte Menschen sicher zu rechnen ist. Diese liegen bei Mittelungspegeln von 54 db(A) tagsüber und 44 db(A) nachts.² Von der B3a gehen trotz teilweise vorhandener Lärmschutzwände gesundheitsgefährdende Lärmbelastungen im Bereich der Ortsdurchfahrt aus.³

Um die Lebensqualität der Marburger*innen zu erhöhen und deren Gesundheit zu schützen soll ein genehmigungsfähiges Tempolimit eruiert werden. Dabei soll das Tempolimit gewählt werden, dessen lärmreduzierende Wirkung eine möglichst große Annäherung an die Grenzwerte der WHO ermöglicht.

Hintergrund dessen ist, dass sowohl die Richtwerte in den Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm, als auch jene im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) noch sehr deutlich über den von der WHO empfohlenen Grenzwerten zur Prävention lärmbedingter Gesundheitsschäden liegen.□

Quellen

1. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/laermbilanz-2020>, letzter Aufruf: 06.03.22
2. Kempen EV, Casas M, Pershagen G, Foraster M. WHO Environmental Noise Guidelines for the European Region: A Systematic Review on Environmental Noise and Cardiovascular and Metabolic Effects: A Summary. Int J Environ Res Public Health. 2018 Feb 22;15(2):379. Doi: [10.3390/ijerph15020379](https://doi.org/10.3390/ijerph15020379). PMID: 29470452; PMCID: PMC5858448.
3. <https://laerm.hessen.de/mapapps/resources/apps/laerm/index.html?lang=de>, letzter Aufruf: 06.03.22
4. <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Mobilitaet/Laerm-Umweltschutz/Laermvorsorge-Laermsanierung-Bundesfernstrassen/Laermvorsorge-Laermsanierung-Bundesfernstrassen.html>, letzter Aufruf: 06.03.22

Maik Schöniger

Isabella Aberle

Karen von Räden

Lukas Ramsaier

Fatma Aydin

Schaker Hussein

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0598/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	07.03.2022
Antragsteller*in:	Klimaliste Marburg Bündnis 90/Die Grünen Sozialdemokratische Partei Deutschlands	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD betr. Prüfantrag „Cost tool“

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg möge prüfen, welche finanziellen und personellen Ressourcen nötig wären, um das von der Universität Kassel entwickelte „Cost tool“ zu nutzen. Dieses Instrument dient der monetären Abschätzung externer Kosten im Bereich Mobilität und soll der Verwaltung als Entscheidungshilfe bei geplanten Infrastrukturmaßnahmen dienen. Zudem ermöglicht es ein Monitoring bezüglich der monetären Aufwendungen in den verschiedenen Verkehrsbereichen im Kontext politisch getroffener Entscheidungen.

Begründung

Unsere Mobilität verursacht Kosten. Welche Formen der Mobilität welche betriebswirtschaftlichen Kosten im Vergleich verursachen, ist oft nicht bekannt. Gar nicht betrachtet werden in Marburg bisher zudem die externen Kosten unserer verschiedenen Formen der Mobilität. Also die Kosten, die die Gesellschaft zum Beispiel durch Unfälle, Luftverschmutzung, Lärmbelastung, Klimafolgen usw. tragen muss.

Das „Cost tool“ wurde bereits in Kassel, Bremen und Kiel angewendet und bietet den Kommunen ein kostenloses, auf dem Tabellenberechnungsprogramm Excel basierendes Werkzeug zur Kalkulation der betriebswirtschaftlichen und externen Kosten unserer Mobilität.

Im betriebswirtschaftlichen Vergleich wurde dabei deutlich: Der größte absolute Zuschussbedarf besteht in der Regel im Pkw- und Lkw-Verkehr. Die Kostendeckung ist in beiden Systemen auch deutlich geringer als im ÖPNV:

Den Hauptteil der externen Kosten in den untersuchten Städten mit 85% bis 92% verursacht der Kfz-Verkehr (Pkw- und Lkw-Verkehr) und lediglich 8% bis 15% die Verkehrssysteme des Umweltverbundes.

Der Fuß- und Radverkehr verursachen nicht nur sehr geringe externe Kosten, sondern stiften gleichzeitig einen hohen externen Nutzen (Gesundheitsnutzen).^{1,2}

Die Zahlen unterscheiden sich zwischen den Kommunen, die Gesamtbetrachtung hingegen ist eindeutig. Die jährliche Erhebung betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Kosten soll in Marburg für Kostenwahrheit beim Verkehr sorgen.

Quellen:

1. Stefan Gössling, Andy Choi, Kaely Dekker, Daniel Metzler (2019). The Social Cost of Automobility, Cycling and Walking in the European Union. Ecological Economics.
Doi: [10.1016/j.ecolecon.2018.12.016](https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.12.016)
2. https://www.internationales-verkehrswesen.de/wp-content/uploads/2018/02/tabelle_studie_sommer.pdf ,letzter Aufruf: 06.03.2022

Maik Schöniger
Mariele Diehl

Karen von Rüden
Lukas Ramseier

Schaker Hussein
Thorsten Büchner

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0599/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	07.03.2022
Antragsteller*in:	Bündnis 90/Die Grünen Sozialdemokratische Partei Deutschlands Klimaliste Marburg	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Grünanforderung für Radfahrer*innen

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass sämtliche Ampeln mit Grünanforderung im Marburger Stadtgebiet auf Fahrradfahrer*innen reagieren. Wo dies noch nicht der Fall ist, sollen diese Ampeln so schnell wie möglich umgebaut werden.

Begründung

Bedarfsgerechte Ampeln, die erst auf grün schalten, wenn dies auch nötig ist, sind sehr sinnvoll, um einen flüssigeren Verkehr zu gewährleisten. Problematisch wird dies allerdings, wenn diese Grünanforderungen nicht auf Fahrradfahrer*innen reagieren. Die entsprechende Person steht bei Linksabbiegerspuren mitten auf der Straße und muss entweder über eine rote Ampel fahren, oder aber eine andere Spur queren, um zum Bürgersteig zu kommen, wenn kein Auto hinter ihr steht. Das macht es für Radfahrer*innen nicht nur unangenehm aufgrund des immensen Zeitverlusts, sondern auch gefährlich, da die anderen Verkehrsspuren an Kreuzungen nicht immer gut einsehbar sind. Diese Hindernisse für den Radverkehr gilt es daher so schnell wie möglich zu beseitigen.

Karen von Rüden
Lukas Ramsaier

Fatma Aydin
Schaker Hussein

Isabella Aberle
Maik Schöniger

Anlage/n

Keine